

Die Abschaffung der Familienzusammenführung syrischer Flüchtlinge

Innenminister Thomas de Maizière macht zum wiederholten Male Stimmung gegen die Familienzusammenführung syrischer Flüchtlinge und schlägt vor, Syrern nur noch subsidiären Schutz zu gewähren. Unterstützt wird er dabei von Teilen der CDU (namentlich Wolfgang Bosbach und Wolfgang Schäuble) sowie der CSU-Fraktion. Sicherlich, allen ist klar, dass der Flüchtlingszustrom längerfristig nicht ungebremst weitergehen kann und dass auch die Kapazitäten eines so reichen und wohlhabenden Landes wie Deutschlands endlich sind. Das Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a GG steht aber nicht unter einem wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder sonstigen Vorbehalt, sondern steht allen Menschen gleichberechtigt zu, die politisch verfolgt sind. Hierfür ist ein tragfähiges und vor allem zukunftsorientiertes Konzept, welches u.a. den Abbau bürokratischer Hürden vorsieht, notwendig. Die Verantwortung für die Flüchtlinge muss in allen EU-Mitgliedsstaaten, ihren Möglichkeiten entsprechend, solidarisch geteilt werden. Deutschland trägt eine besondere Verpflichtung im Umgang mit den Flüchtlingen, weil es eines der wohlhabendsten und wirtschaftlich erfolgreichsten westlichen Länder ist. Aufgrund der deutschen Vergangenheit tragen wir eine besondere Verantwortung, uns um das Wohlergehen von Menschen zu kümmern, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Wir stehen vor einer der größten Herausforderungen westlicher Werte und Menschenrechtsstandards seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Jetzt müssen wir unter Beweis stellen, dass wir an unseren freiheitlich-demokratischen Werten festhalten und Menschenrechtsansprüche internationalen Standards entsprechend erfüllen. Unbegründeter Angst vor Fremden und Sozialneid dürfen wir nicht nachgeben. Gleichzeitig ist es wichtig, die bereits in Deutschland registrierten Flüchtlinge schnellstmöglich zu integrieren um deren mögliches Abgleiten in extremistische Gruppen oder die Bildung einer Parallelgesellschaft zu verhindern. Große Teile dieser Integrationsarbeit werden dabei zurzeit von ehrenamtlichen Helfern erbracht. Diese Tätigkeiten sorgen dafür, dass man immer wieder mit Flüchtlingen ins Gespräch kommt und dass häufig auch freundschaftliche Bande entstehen. Man bekommt als „Ehrenamtler“ also mehr mit von den häufig durch Bürgerkrieg und Flucht traumatisierten Syrern, von ihrem Leben vor und während des Krieges, von ihren Familien und deren aktueller Situation. Man hört die Geschichten von Bettlaken, die quer über Straßen gespannt werden, damit die Kinder stundenweise auf der Straße spielen können und nicht von Scharfschützen der unterschiedlichen Kriegsparteien erschossen werden. Von Stadtteilen, die nur noch durch Tunnel versorgt werden, über die oberirdisch die Frontlinien verlaufen. Vom gelegentlichen Skypen und Telefonieren mit der Ehefrau und den Kindern, wenn gerade mal wieder die Stromversorgung aufrechterhalten werden kann. Von neuerlichen Granateinschlägen in der nahen Nachbarschaft, von für uns so banalen Wünschen, wie dem angstfreien Spielen, einem Schulbesuch oder dem Einkaufen.

Viele der nach Deutschland geflüchteten Syrer leiden aus Sorge um ihre Familien deshalb massiv unter Schlafproblemen und benötigen Psychopharmaka, um die gegenwärtige Situation der Hilflosigkeit überhaupt ertragen zu können. Für uns „Ehrenamtler“ ist diese Situation auch sehr belastend, besitzen doch die wenigsten von uns eine psychotherapeutische Vorbildung, um adäquat helfen zu können. Einzige Möglichkeit der Unterstützung war für uns bisher die logistische, bürokratische und finanzielle Hilfe bei der Familienzusammenführung. Sollte dieser Pfeiler der Flüchtlingshilfe in Zukunft aufgrund von ökonomischen Erwägungen wegfallen, wird das zwangsläufig dazu führen, dass viele „Ehrenamtler“ ihr Engagement einstellen, weil sie durch die Ausweglosigkeit der Situation an ihre psychologische Belastungsgrenze gelangen.

Zudem ist davon auszugehen, dass von einer ernstgemeinten Integration von syrischen Flüchtlingen dann wohl kaum noch die Rede sein kann, da selbst bei optimaler Versorgung durch Psychotherapie, Sprach- und Integrationskurse und ausbildungsbegleitenden Hilfen, die Ungewissheit über das Wohl der eigenen Familie immer ein Hemmnis darstellen wird. Letztendlich muss man auch sagen, dass die Bundesregierung viele Syrer erst mit dem Versprechen, ihre Familien nachholen zu dürfen, nach Deutschland gelockt hat. Daher könnte eine entsprechende Asylrechtsänderung die rechtsstaatlichen Prinzipien der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes verletzen, auf das sich alle bisherigen Flüchtlinge verlassen konnten. Von daher wäre es jetzt, da die Flüchtlinge die Gefahren der Flucht über das Mittelmeer auf sich genommen haben, menschenverachtend, wenn man dieses Versprechen nicht einhält.

Wir fordern deshalb dazu auf, an der Familienzusammenführung für syrische Flüchtlinge festzuhalten.